

Entwicklung

Bei der verarmten Bevölkerungsmehrheit findet der Kurs des sozialen Ausgleichs dennoch breite Unterstützung - nicht nur in Venezuela. Im Februar wurde Präsident Rafael Correa in Ecuador wiedergewählt. Chávez' Tod wird diese Tendenz nicht stoppen. Sein designierter Nachfolger, Vizepräsident Nicolás Maduro, kann sich gute Chancen ausrechnen, die anstehende Wahl zu gewinnen.

Die größte Gefahr geht von der Polarisierung der venezolanischen Gesellschaft aus, für die Chávez mit verantwortlich ist. Es gibt wenig ausgleichende Kräfte. Chávez wird entweder gehasst oder bewundert. Sollte es den Führungskräften der Regierungspartei nicht gelingen, einen geordneten Übergangsprozess zu gestalten, könnte die Konfrontation ähnlich wie beim gescheiterten Putschversuch der Rechten im Jahr 2002 gewaltsame Formen annehmen.

Tibet zwischen Stillstand und Eskalation

Von Kristin Kupfer (epd)

Frankfurt a.M. (epd). Mit buntem Feuerwerk und traditionellen Wettkämpfen sollte das Neujahrsfest in Tibet zwei Wochen lang kräftig gefeiert werden. So wünschten es die chinesischen Behörden und machten laut Berichten von Menschenrechtlern entsprechend Druck auf die Bewohner der Himalaya-Region. Statt Feier und Jubel aber gab es Tote: Allein seit Beginn der Festperiode Mitte Februar haben sich mindestens fünf Tibeter aus Protest gegen die Politik Chinas selbst in Brand gesteckt. In den vergangenen vier Jahren wurden mehr als 100 solcher Selbstverbrennungen gemeldet. Zum Jahrestag der großen Proteste vom 10. März 1959 und 2008 ist mit weiteren tragischen Ereignissen zu rechnen.

Die verzweifelten Aktionen sind Ausdruck einer tiefen Frustration. Die Tibeter fühlen sich von der Regierung in Peking wirtschaftlich vernachlässigt und kulturell an den Rand gedrängt. Besonders nach den tibetischen Protesten rund um die Olympischen Spiele 2008 zeigten die Behörden mit Gängelungen der Klöster und Schulen, dass ihr verbrieftes Autonomieversprechen nur auf dem Papier existiert.

Lange Zeit waren es vorwiegend Mönche, die sich aus Protest gegen Überwachung in Klöstern und gegen patriotische Erziehungskampagnen anzündeten. Dann machten Berichte von Folter an Geistlichen und vom Verbot von Trauerfeiern in der Bevölkerung die Runde. Aufgewühlt und unzufrieden entschlossen sich ab Sommer 2012 auch Schüler, Lehrer und einfache Dorfbewohner zum Flammentod. Trotz Tötungsverbot gilt die Selbstaufopferung für eine gerechte Sache als Teil des buddhistischen Traditionsverständnisses.

Die Slogans, die bei den flammenden Protesten immer wieder laut werden, heißen „Freiheit für Tibet“ und „Rückkehr des Dalai Lama“. Sie künden von einer klaren Vorstellung der Tibeter für ihre Zukunft und lassen Peking nicht zur Ruhe kommen. Denn die chinesische Regierung befürchtet weitere solidarische Proteste.

Entwicklung

Zwar wohnen nur rund zwei Millionen Tibeter in der autonomen Region. Allerdings grenzt das an Rohstoffen reiche Gebiet an Indien, das Peking als strategischen Konkurrenten in Asien sieht. Weitere vier Millionen Tibeter siedeln in den angrenzenden Westprovinzen Gansu, Sichuan, Yunnan und Qinghai. Insgesamt macht ihr Wohnraum rund ein Viertel des chinesischen Staatsgebiets aus. Forderungen nach mehr Autonomie für ein Großtibet vonseiten der exiltibetischen Regierung betrachtet China deshalb auch als „Eingriff in die territoriale Integrität“.

Anfangs hielten sich die örtlichen Behörden bei Selbstverbrennungen zurück. Dann setzten politische Hardliner mit Verbindungen zu Polizei und Militär schließlich harte Repression durch. Die Protestaktionen wurden kriminalisiert, Familienangehörigen und Dorfgemeinschaften wurde die finanzielle Unterstützung gestrichen. Ende Januar verurteilten Gerichte sieben Tibeter wegen Beihilfe zum Mord zu Haftstrafen bis zu zwölf Jahren, in einem Fall wurde sogar die Todesstrafe verhängt.

Auch im tibetischen Exil bleibt das Durchgreifen nicht ohne Reaktion. Radikalere Stimmen, die eine Abkehr von den Dialogbemühungen mit Peking fordern, sind lauter geworden. Die erfahrenen Chefunterhändler des Dalai Lama zeigten sich ebenfalls frustriert und legten ihr Amt im Sommer nieder. Die 2002 aufgenommenen Gespräche mit China liegen seit drei Jahren auf Eis.

Weitere Konflikte und Eskalationen sind programmiert. Denn beiden Seiten bleibt nur wenig Verhandlungsmasse, selbst wenn der Dialog wieder in Gang kommt. Neben Härte setzt Peking laut Beobachtern nun auch darauf, dass sich die Tibeter zerstreiten, wenn der 77 Jahre alte Dalai Lama stirbt. Doch solche Strategien sind gefährlich: Sie könnten Radikalen auf beiden Seiten Tür und Tor öffnen.

Infokasten: Tibet

Frankfurt a.M. (epd). Tibet gilt als „Dach der Welt“. Das Gebiet im Himalaya-Gebirge liegt im Durchschnitt 4.500 Meter über dem Meeresspiegel. Hier steht auch der Gipfel des Mount Everest, des höchsten Berges der Welt. Seit der Besetzung durch die Armee der kommunistisch regierten Volksrepublik 1950/51 begeherten die Tibeter immer wieder auf. Bei einem Volksaufstand 1959 floh der Dalai Lama, traditionell das politische und religiöse Oberhaupt, ins indische Exil.

Das alte Tibet umfasste mehr als zwei Millionen Quadratkilometer. Nach der Besetzung wurde das Gebiet auf mehrere Provinzen aufgeteilt. Die heutige „Autonome Region Tibet“ innerhalb Chinas ist 1,2 Millionen Quadratkilometer groß. Das lange isolierte Land mit eigener Kultur, Sprache und Schrift ist vom tibetischen Buddhismus geprägt.

Religiöses Zentrum ist die Hauptstadt Lhasa auf 3.683 Metern Höhe mit dem Jokhang-Tempel und dem als Weltkulturerbe geschützten Potala-Palast. Durch